



## Gemeinsame Resolution des Kreistages Saarlouis Perspektiven und Zukunftsfähigkeit des Ford-Standortes Saarlouis

Die Entscheidung des Ford-Managements am 22. Juni 2022 gegen eine Produktionszusage für ein E-Modell am Standort Saarlouis ist ein tiefgreifender Rückschlag für das Saarland und auch für unseren Landkreis.

Gerade die Beschäftigten haben in den zurückliegenden Monaten und Jahren sehr viele Opfer gebracht für die Erhaltung des Standortes.

Deswegen ist Ford jetzt in der Pflicht mitzuhelpen, den Standort Saarlouis zu sichern.

Der Standort Saarlouis ist und bleibt ein attraktiver Standort mit exzellent ausgebildeten Fachkräften und einem hochinnovativen Zuliefer- und Forschungsumfeld.

Oberste Priorität hat jetzt die Sicherung von möglichst vielen Arbeitsplätzen, das Schaffen von Alternativen und die soziale Begleitung der Beschäftigten.

Der Kreistag kritisiert,

- dass auch nach der Sitzung des Wirtschaftsausschusses im saarländischen Landtag am 20.07.22 von Ford Vizepräsident Kieran Cahill keine klaren Aussagen zur Entscheidung und weiteren Entwicklung des Standortes gegeben wurden;
- dass das Ford - Management nach wie vor jegliche Transparenz für seine Standortentscheidung vermisst lässt, insbesondere dass keine belastbaren Daten zur Standortentscheidung und zu möglichen Perspektiven für den Standort aufgezeigt worden sind.
- dass der Hinweis auf den möglichen Erhalt von maximal 200 bis 300 Arbeitsplätzen in Bezug auf die derzeitige Beschäftigtenzahl völlig inakzeptabel ist und einen Schlag ins Gesicht aller Fordmitarbeiter darstellt.

**Der Kreistag Saarlouis fordert deshalb das FORD-Management auf:**

- unverzüglich einen klaren Zeitplan für die kommenden Jahre unter Beteiligung der betrieblichen Mitbestimmung vorzulegen und Klarheit über mögliche weitere Perspektiven für bestehende und neue Modelle bzw. über unternehmensinterne Konzepte zur Nachfolgenutzung des Werkes und des Supplier-Parkes zu schaffen.
- frühzeitig gemeinsam mit dem Betriebsrat bzw. der IG Metall einen Sozialplan oder Sozialtarifvertrag auszuarbeiten, damit der Personalabbau durch Perspektiven zur Weitervermittlung von Auszubildenden, Abfindungsprogramme, Altersausstiegsszenarien, Rentenvereinbarungen, einem Qualifizierungsbudget und Qualifizierungsprogrammen bzw. Stellenbörsen im Werk begleitet wird.

**Der Kreistag fordert die Landesregierung auf:**

- gemeinsam mit dem Betriebsrat eine Beratungshotline für Beschäftigte einzurichten, um Unsicherheiten zu lindern.
- für den Fall, dass es keine unternehmensinterne Perspektive für den Standort Saarlouis gibt, einen Ankauf des Werksgeländes durch eine Landesgesellschaft zum Zwecke der Entwicklung der Fläche und der Vermarktung an einen neuen Investor zu prüfen.
- alle Potenziale zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Weiterqualifizierung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Transformationsmanagement Saar (GeTS), der Bundesagentur für Arbeit (BA), Bundeswirtschaftsministerium (BMWK), Bundesarbeitsministerium (BMAS) und unter Einbeziehung von EU-Programmen zu mobilisieren, um den Arbeitnehmer:innen den Übergang in neue Beschäftigung zu ermöglichen.
- die finanzielle und konzeptionelle Unterstützung im Falle einer Transfergesellschaft vorzubereiten und ggf. mit EU-Mitteln zu unterstützen.
- sich für neue Perspektiven für den Supplier-Park und die Zulieferbetriebe in den Städten und Gemeinden einzusetzen.